

INITIATIVE EXPRESS

INSM-Buch zu einer emotional geführten Debatte:

Globalisierung verstehen – Fakten, Fakten, Fakten gegen Vorurteile

Köln/Berlin – „Globalisierung verstehen“ – das ist der Titel eines 196-seitigen Bandes, den die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in Kooperation mit der International Chamber of Commerce, ICC Deutschland, erstellt hat. Das im Heinrich Bauer-Verlag erschienene Buch beleuchtet mit zahlreichen Beiträgen Fragen, die sich viele im Zeitalter der weltweiten Vernetzung stellen:

- Welche Chancen bringt uns die Globalisierung?
- Wer gewinnt vom freien Welthandel?
- Wandern unsere Jobs ins Ausland ab?
- Überholen uns China und Indien?
- Wie viel Wohlstand bringt uns die Globalisierung?
- Bekommen wir die Umweltprobleme in den Griff?

Editorial

Die Chancen der Veränderung

Wichtige Landtagswahlen stehen vor der Tür, und das politische Berlin überbietet sich mit vermeintlich sozialen Projekten. So werden Ältere künftig wieder länger Arbeitslosengeld I erhalten, nachdem die Agenda 2010 die Bezugsdauer noch vor kurzem stark herabgesetzt hatte. Der Erfolg war gewaltig: Binnen zwölf Monaten sank die Zahl der über 55-jährigen Arbeitslosen um 20,2 Prozent. Heute sind 280.000 ältere Arbeitnehmer mehr in Beschäftigung als noch vor einem Jahr. Nun wird das wieder zurückgedreht.

Was ist eigentlich sozial daran, erfolgreiche Reformen zu kassieren? Was ist sozial an einem Mindestlohn, der nur scheinbar „ein angemessenes Einkommen“ garantiert, in Wahrheit aber Tausende Jobs kostet, weil die Unternehmen die verteuerten Waren nicht an den Mann bringen? Ex-Kanzler Schröder hatte Mindestlöhne noch abgelehnt, nun führt Schwarz-Rot sie ein. Man hat den Eindruck, in der Politik will eigentlich niemand für Reformen so richtig verantwortlich sein, lieber verteilt man soziale Wohltaten. Diese Form der „Selbstentmündigung“ ist insgesamt ein Elite-Phänomen, wie eine Studie des Forschungsinstituts Rheingold ermittelt hat, und eine Ursache für

Ökonomen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) geben in allgemein verständlicher Sprache wissenschaftlich fundierte Antworten auf diese Fragen.

„Das vorliegende Buch möchte die Entwicklungen, die mit der Globalisierung einhergehen, verständlich erläutern. Dafür sollen die Chancen dargestellt werden, ohne kritische Punkte zu verschweigen. Es gilt eine Debatte zu versachlichen, die bisher noch von vielen Vorurteilen geprägt ist.“ Das schreiben der INSM-Kuratoriumsvorsitzende Professor Hans



den Vertrauensverlust in die politische Gestaltungskraft unseres Landes. Statt des ewigen Rein-in-die-Kartoffeln-raus-aus-den-Kartoffeln wünschen sich die Bürger eine stringente Politik und klare Perspektiven, wohin die Reise gehen soll.

Klein geredet werden auch die Erfolge der deutschen Wirtschaft in der Globalisierung. Deutschland als Exportweltmeister zählt unterm Strich zu den klaren Gewinnern des wachsenden Welthandels. Aber auch die Armut in vielen Entwicklungsländern – man denke nur an China und Indien – hat stark abgenommen. Die Verbraucher erfreuen sich einer nie zuvor gekannten Warenvielfalt. All diese Fakten, Zahlen und Tatsachen über die Globalisierung haben wir in dem neuen Informationsband „Globalisierung verstehen“ zusammengefasst. Wenn wir die Chancen ergreifen und uns den Risiken stellen, haben wir keinen Grund für Pessimismus und Angst vor Veränderung. Auch nicht im Jahr 2008.

In diesem Sinne wünschen wir Ihnen ein frohes neues Jahr
Ihre

Max A. Höfer

Dieter Rath

INITIATIVE EXPRESS

Globalisierung verstehen: Prominente Gastautoren sorgen für Einsicht ins Thema



Jeffrey Sachs



Joseph Stiglitz



Renate Köcher



Edmund S. Phelps



Björn Lomborg

Tietmeyer und Mitherausgeber Dr. Manfred Gentz, Präsident der Internationalen Handelskammer Deutschland, in einem gemeinsamen Editorial über das Anliegen von „Globalisierung verstehen“. „Wir treten mit Fakten gegen irrationale Ängste an“, ergänzt Max A. Höfer, Geschäftsführer der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM).

So beschäftigt sich „Globalisierung verstehen“ auf Seite 53 beispielsweise mit der Behauptung, dass Globalisierung hierzulande Arbeitsplätze und Wohlstand koste. Zitat: „Unternehmen, die ins Ausland exportieren oder dort investieren, haben seit der Jahrtausendwende in Deutschland Beschäftigung aufgebaut.“ Auf Seite 72 finden sich Fakten zur Behauptung, dass Globalisierung weltweit Armut steigere. Das Gegenteil ist der Fall. Nach Zahlen der Weltbank hat sich der Anteil der Menschen, die von einem Dollar am Tag leben müssen, seit Anfang der achtziger Jahre fast halbiert.

„Globalisierung verstehen“ bietet auch ein umfassendes Forum für zahlreiche prominente Experten aus dem In- und Ausland – darunter drei Nobelpreisträger. So schreibt der New Yorker Ökonom Edmund S. Phelps über die Dynamik der US-Wirtschaft im Vergleich zum deutschen Modell der Sozialen Marktwirtschaft. Joseph Stiglitz, der an den Universitäten Yale, Princeton, Oxford und Stanford lehrte, preist das „Modell Europa“. Friedensnobelpreisträger Muhammad Yunus schildert die Motive zur Gründung seiner Grameen Bank für Kleinkredite in Bangladesh. Weitere Autoren sind: Renate Köcher, Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts, der aus Indien gebürtige US-Ökonom Jagdish Bhagwati, Jeffrey Sachs, UN-Sonderbeauftragter für die Millennium Development Goals. Über 200 Grafiken und Schaubilder bieten anschauliche Informationen rund um die Globalisierung in all ihren Facetten.

„Globalisierung verstehen“ liefert Argumente für alle, die sich in der Debatte um die zunehmende weltweite Vernetzung von Fakten und

nicht von Vorurteilen leiten lassen wollen. Das Schlusswort hat Bundespräsident Horst Köhler. „Wir werden nicht gegen die Globalisierung, sondern nur mit ihr erfolgreich sein.“

Weitere Kooperationspartner bei diesem Projekt von Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und ICC Deutschland sind die Zeitschriften Geldidee und Wertpapier des Heinrich-Bauer-Verlags. „Globalisierung verstehen“ gibt es am Kiosk und im Buchhandel.



Anzeige zum Buch.

ISBN 978-3-87748-663-4.

Internet: www.insm.de

Internationales INSM-Experten-Podium zum Thema Generationengerechtigkeit

Löst ein Bürgergeld Probleme des Sozialstaats?

Berlin – Um Generationengerechtigkeit ging es bei einer Konferenz des Forschungszentrums Generationenverträge (FZG) und der INSM am 6. Dezember 2007 in Berlin. FZG-Direktor Professor Bernd Raffelhüschen und weitere Experten aus dem In- und Ausland wa- >



Thüringens Ministerpräsident Dieter Althaus stellte sein Modell des Bürgergeldes vor.

INITIATIVE EXPRESS

Jahr zu steigen. Das wäre sechsmal so viel wie heute – und schlicht unbezahlbar.“ Die Agentur ddp verbreitete eine Vorabmeldung des Blattes bundesweit.

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung griff das Thema unter der Schlagzeile „Pensionäre in „grob ungerechtem Ausmaß“ bevorteilt“ auf. Zusätzliche Dynamik gewann die Nachricht, als sich der Kölner SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach in die Debatte um die Beamtenpensionen einschaltete. „Es ist für normale Arbeitnehmer nicht einzusehen, dass sie länger arbeiten sollen und ihre Renten kaum steigen, während vergleichbare Abstriche bei den Beamtenpensionen ausbleiben“, sagte er dem EXPRESS. Lauterbach weiter: „Neben dem Bund sollten alle Länder das Pensionsalter für Beamte auf 67 Jahre anheben. Ohne weitere Einschnitte müssten einige Länder schon in 20 Jahren mehr für Pensionen ausgeben als für ihre Beamten.“ Damit stellte sich der frühere Berater von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt hinter eine zentrale Forderung von Studienautor Professor Winfried Fuest. Auch die BILD-Zeitung machte die Beamtenpensionen zum Thema und zitierte den INSM-Berater Fuest unter anderem mit dem Satz: „Wir brauchen keine überbezahlten Pensionäre.“

Alles über die Studie finden Sie im Netz unter <http://www.insm-tagebuch.de/index.php?s=Beamten-Pension>

INSM-Studie: 698 Gesetze auf dem Prüfstand

Staatsrechtler kritisiert Koalitions-Kauderwelsch und „Schlamperei“ in der Gesetzgebung

Berlin/Hamburg – „Gesetzgebung laut Studie voller Mängel“, titelte Focus online. Anlass: eine am 29. November vorgestellte Studie des Hamburger Staatsrechtlers Professor Ulrich Karpen im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Mehr als drei Viertel der neu erlassenen Gesetze verursachen noch höhere Bürokratiekosten. Weit mehr als die Hälfte aller Gesetze werden nach kurzer Zeit wieder geändert, jedes zweite Paragraphenwerk der Großen Koalition enthält schlicht unverständliches Kauderwelsch.

Für „unlesbaren Paragraphenwahn“ hält Karpen beispielsweise diese Formulierung:

„(Rinder): Anforderungen nach dem Anhang der Entscheidung der Kommission 84/247 EWG vom 27. April 1984 zur Festlegung der Kriterien für die Anerkennung von Züchtereinigungen und Zuchtorganisationen, die Zuchtbücher für reinrassige Zuchtrinder halten oder ein-



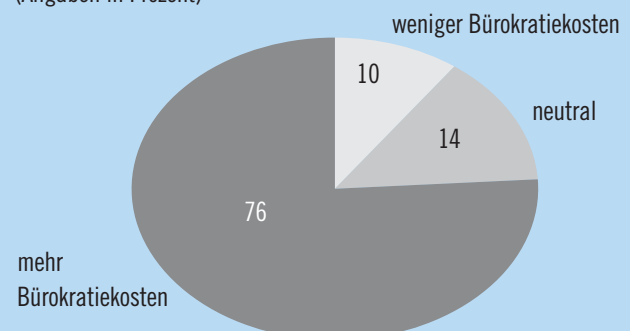
Rindvieh-Gesetz: Eine Verordnung über Ohrmarken musste wieder korrigiert werden, weil die Platzierung der Marke am Kuh-Ohr falsch angegeben war.

richten (Abl EG Nr. L 125 S. 58) sowie bei Vorliegen von genetischen Besonderheiten und Erbfehlern nach Kapitel III Nr. 1 letzter Absatz des Anhangs der Entscheidung der Kommission 2006/427 EG vom 20. Juni 2006 über die Methoden der Leistungsprüfung und Zuchtwertschätzung bei reinrassigen Zuchtrindern (Abl. EU Nr. L 169 S. 56)“.

Oder auch diese Passage aus der „Neunten Verordnung zur Änderung der Binnenmarkt-Tierseuchen-Schutzverordnung“:

„Die Verordnung regelt auch das innergemeinschaftliche Verbringen sowie die Einfuhr nicht in Satz 1 Nr. 1 aufgeführter Tiere, die für Zoos, Wildparke oder sonstige Einrichtungen bestimmt sind, die nach den zur Umsetzung des Artikels 13 der Richtlinie 92/165 EWG des Rates vom 13. Juli 1992 über die tierseuchenrechtlichen Bedingungen für den Handel mit Tieren, Samen, Eizellen und Embryonen in der Gemeinschaft, soweit sie diesbezüglich nicht den spezifischen Gemeinschaftsregelungen nach Anhang A Abschnitt I der Richtlinie 90/425 EWG unterlie- >

Drei Viertel der untersuchten Gesetze verursachen mehr Bürokratiekosten für Wirtschaft, Bürger und Verwaltung (Angaben in Prozent)



Quelle: INSM-Studie Gesetzescheck, Professor Ulrich Karpen, 2007

INITIATIVE EXPRESS



Website der INSM-Studie Gesetzescheck: Prüfen Sie hier interaktiv, was die Gesetze der Großen Koalition taugen.

gen (Abl. EG Nr. L 268 S. 64) in der jeweils geltenden Fassung erlassenen jeweiligen innerstaatlichen Vorschriften zugelassen sind.“

Der Professor ärgert sich auch über „schlampig“ gemachte Gesetze, die wieder geändert werden müssen, und nennt als ein Beispiel die Korrektur der Viehverkehrsordnung zur Höhe der Ohrmarken für Rinder von 68mm auf 58mm.

„Wenn die Gesetze für den Bürger nicht mehr verständlich sind, können sie auch nicht korrekt angewandt werden und verursachen dadurch Rechtsunsicherheit“, kritisierte INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer bei der Vorstellung der Studie in Berlin.

Viele Gesetze der Großen Koalition verursachen höhere Bürokratiekosten. Als ein besonders krasses Beispiel nennt Professor Karpen in seiner Studie das vor gut einem Jahr in Kraft getretene Antidiskriminierungsgesetz. Es hat die Wirtschaft nach einer anderen Untersuchung der INSM 1,7 Milliarden Euro gekostet.

Die detaillierten Auswertungen aller 698 Gesetze und Normen ist im Netz unter www.insm-gesetzescheck.de zu finden.

Die Studie im Netz: http://www.focus.de/politik/deutschland/koalition_aid_227581.html

Reaktion auf INSM-Studie zum Antidiskriminierungsgesetz:

Bund richtet Expertenkommission ein, um AGG-Folgen auszuloten

Berlin/Friedrichshafen – Professor Heinrich Wilms, Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Medienrecht und Rechtsphilosophie an der Zepelin Universität (ZU), ist zum Vorsitzenden einer neu-

en „Kommission zur Wertegesellschaft als ökonomischer Faktor. Für ein nachhaltiges Bündnis mit der Wirtschaft“ berufen worden. „Die Kommission kann einen Beitrag zur ethischen Orientierung von Wirtschaft und Gesellschaft liefern, was gerade im Zeitalter der Globalisierung von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist“, sagte Wilms der Schwäbischen Zeitung. Die Kommission beschrieb das Blatt wie folgt: „Das siebenköpfige Gremium setzt sich aus Juristen, Wirtschaftswissenschaftlern und Philosophen zusammen. Es soll für die Antidiskriminierungsstelle des Bundes die Studie der wirtschaftsnahen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bewerten, nach der sich die Gesetzesfolgekosten der Unternehmen auf 1,73 Milliarden Euro belaufen.“

In einem Interview mit der **Süddeutschen Zeitung** sagte der Kommissionsvorsitzende Professor Wilms zum AGG-Gutachten der INSM: „Wir nehmen die Bedenken der Wirtschaft ernst und ihre Klagen über höheren Bürokratieaufwand. Diese Einwände wird die Kommission wissenschaftlich untersuchen. Zugleich wollen wir den Firmen aber auch klarmachen, dass sich ethisches Verhalten lohnt.“

Harte Kritik am AGG hatte es zum Erscheinen der INSM-Expertise Mitte August auch aus den Reihen der Bundesregierung selbst gegeben. Hartmut Schauerte, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, hatte erklärt, man könne nicht zur Tagesordnung übergehen, wenn fünf von sechs Unternehmen in Deutschland mit dem Gesetz im Wesentlichen zusätzliche Bürokratie verbinden. Die Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) gebe Anlass, „sich verstärkt mit den Folgen des Gesetzes insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen auseinander zu setzen“, so die Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministeriums.

Die INSM-Studie zu den Folgen des Antidiskriminierungsgesetzes im Internet:

<http://www.insm-tagebuch.de/index.php?s=Antidiskriminierungsgesetz>

INSM-Beilage im Jugendmagazin des Rheinischen Merkurs:

Erfolgreiche – und was sie als Schüler gedacht und gemacht haben

Köln/Bonn – Wussten Sie, was Roland Berger als Oberstufenschüler in Nürnberg gemacht hat und warum er sich für eine Laufbahn als Unternehmer entschieden hat? Interessiert es Sie, von welchem Beruf Olympia-Legende Ulrike Nasse-Meyfarth als Teenager ge- ➤

INITIATIVE EXPRESS



träumt hat? In einer INSM-Beilage von Mercury, dem Jugendmagazin der in Bonn erscheinenden Wochenzeitung Rheinischer Merkur, erzählen Berger, Nasse-Meyfarth sowie die Steuerjuristin Professor Johanna Hey und der Kölner Rechtsanwalt Dr. Mathias Dieth über ihre Wege in den Beruf und geben Karriere-Tipps für Teens. Lektüre für Kids über Menschen, die mit gutem Beispiel vorangegangen sind.

Die Artikel und Interviews sind auch online abrufbar.

Auf www.wassollwerden.de, dem Jugendportal der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

P. S. Roland Berger, heute Aufsichtsratsvorsitzender der Roland Berger Strategy Consultants, ist jüngst 70 Jahre alt geworden. Seit seinem 63. Lebensjahr ist er ehrenamtlich als Botschafter für die INSM aktiv. Zum Geburtstag gab er der Süddeutschen Zeitung ein Interview. Zitat: „Ich werde bis zu meinem letzten Atemzug für die freie Marktwirtschaft eintreten. Sie hat viele Fehler und ist doch die beste Wirtschaftsform, die ich kenne. Aber sie lebt von der Akzeptanz.“ Darum müssten Wirtschaftsleute sich bemühen.

INSM-Podium „Ideen statt Rotstift“ auf der Messe „Moderner Staat 2007“ in Berlin

Deutschland zum Selbermachen: Unions-Fraktions-Vize Bosbach begeistert vom Bürgerengagement

Berlin – Tausende Zuschauer und Experten kamen am 28. November zur Verwaltungsfachmesse „Moderner Staat 2007“ in Berlin, um sich Vorträge, Podien und Projektporträts über Visionen und Strategien von modernen und bürgerfreundlichen Verwaltungen vorstellen zu lassen. Eines dieser Podien wurde veranstaltet von der Ini-

tiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Es stand unter dem Motto „Ideen statt Rotstift - Kommunen entdecken den Bürger“. Dabei wurde das INSM-Buch „Deutschland zum Selbermachen“ präsentiert. Es stellt 22 Beispiele bürgerschaftlichen Engagements vor. Die INSM hat es gemeinsam mit dem „Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement“ an der Universität Paderborn herausgegeben. In einem Statement präsentierte Wolfgang Bosbach, stellvertretender Vorsitzender der Unions-Fraktion im Deutschen Bundestag, das INSM-Buch und die darin vorgestellten Projekte.

Der **Kölner Stadt-Anzeiger** schrieb unter der Schlagzeile „Bergische Erfolgsprojekte“ über Buch und Veranstaltung: „Eines der genannten Erfolgsprojekte, die Schule machen könnten, fand in Bergisch Gladbach statt: Der Junge Unternehmer Club (JUC) sorgte in Eigeninitiative für Reparaturen an der Friedrich-Fröbel-Schule für Schwerstbehinderte. „Das Tollste wäre, wenn wir mit unserer Aktion andere zu ähnlichen Aktionen anstoßen könnten“, sagte JUC-Vorsitzender Burkhardt Unrau, der vom Podium aus freudig begrüßt wurde: Die Eröffnungsrede hielt sein ehemaliger Schulkamerad Wolfgang Bosbach (...)“



Unions-Fraktions-Vize Wolfgang Bosbach als amüsiertes Leser des INSM-Buches „Deutschland zum Selbermachen“

Weiter berichtete der Stadt-Anzeiger: „Dass Ideen und Einsatz der Bürger von Verwaltungen nicht immer mit offenen Armen entgegengenommen werden, kam bei der Podiumsdiskussion zur Sprache. Von Problemen berichtete Christian Achilles aus Brieselang (Brandenburg), wo Bürger selbst den Bau der Gemeindestraßen übernahmen. „Man muss erst einmal die Scheu vor den Behörden überwinden“, erzählte Heinz Frey aus Jülich-Barmen. Hier organisierten Anwohner die Nahversorgung mit einem Tante-Emma-Laden selbst. Unrau freute sich, mit den Teilnehmern der Diskussion Erfahrungen austauschen >

INITIATIVE EXPRESS



Wolfgang Bosbach stellte das INSM-Buch in einem Statement vor.

zu können. Besonders interessierte er sich für die Ideen von Magnus Stachler, Bürgermeister von Langenfeld. Die Kommune wird ab Sommer 2008 schuldenfrei sein - auch dank des Engagements der Bürger.“

Max A. Höfer, INSM-Geschäftsführer: Er forderte die Zuhörer auf, eigene Projekte auf der Website des Projektes, www.deutschland-zum-selbermachen.de, anzumelden und vorzustellen. „Wir brauchen ganz sicher noch mehr Eigeninitiative und Vorbilder zum Nachmachen.“

Ulrich Mohn vom Deutschen Städte- und Gemeindebund: Er zeigte sich begeistert von den vorgestellten Projekten und will die in dem Buch und auch via CD erhältlichen Informationen in seine Verbandsgliederungen weitergeben.

„Deutschland zum Selbermachen“ im Internet: www.deutschland-zum-selbermachen.de. Die Web-Community ist aufgerufen, hier weitere Beispiele für Eigeninitiative und Bürgerverantwortung ins Netz zu stellen.

INSM-Buch Deutschland zum Selbermachen:

Medienreaktionen von BamS bis Braunschweiger Zeitung

Köln – Das INSM-Buch „Deutschland zum Selbermachen“ macht immer wieder Schlagzeilen, wenn Medien über die Erfolgsprojekte in ihrer Region berichten. Aktuell sind 25 Medienberichte erschienen. Beispiele:

„Wir erblicken eine Graswurzelbewegung in Deutschland. Mir gefällt der Idealismus.“ So zitierte die **Kölnische Rundschau** den INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer in einem Bericht über die Verwaltungsfachmesse „Moderner Staat 2007“. Dabei wurde auch das INSM-Buch „Deutschland zum Selbermachen“ vorgestellt, das gelungene Beispiele bürgerschaftlichen Engagements präsentiert.

Unter der Schlagzeile „Wenn Bürger Staat machen“ stellte die **Bild am Sonntag** zehn Beispiele aus „Deutschland zum Selbermachen“ vor.



Bild am Sonntag präsentierte zehn Beispiele aus dem INSM-Buch auf einer Doppelseite

BamS: „Weil die Kommunen kein Geld mehr haben für Schwimmbäder, Straßen und Schulen, nehmen die Bürger viele Aufgaben selbst in die Hand. ... Sie führen Büchereien, restaurieren Denkmäler, bauen Brücken.“ Alle eine das Motto: „Nicht jammern, kümmern!“

Focus stellte die Beteiligung von Heiner Brand an dem Buch „Deutschland zum Selbermachen“ heraus. Der Handballweltmeister hatte im Vorwort Projekte gelobt, in denen Bürger geschafft haben, wozu die Regenten nicht in der Lage waren – etwa eine Straße zu bauen oder die Stadtbibliothek zu erhalten. Die „Macher“ hätten sich „von Zweiflern nicht beirren lassen“ und „immer mehr Menschen begeistert“, so Brand. Am Ende seien sie belohnt worden – wie sein Team.

In einem Leitartikel machte die **Braunschweiger Zeitung** das Beispiel des pensionierten Geschichtslehrer Ernst Zöpfgen zum Thema, der an der Spitze von mehr als 100 ehrenamtlichen Mitstreitern „das herausragende Museum im Altstadtrathaus gerettet“ hat. Artikel-Zitat: „Es ist eine Schatzkammer der Braunschweiger Geschichte mit faszinierenden Ausstellungsstücken aus vielen Jahrhunderten. Bloß, die Stadt hatte kein Geld mehr, das alles den Bürgern zu präsentieren. Darf man so etwas schließen? Nein, sagte Ernst Zöpfgen und ließ nicht locker ...“ Fazit des Kommentators: „Wir packen das schon“ – Heiner Brand, Ernst Zöpfgen und die vielen anderen sind die richtigen Vorbilder für unser Land. Statt zu jammern, packen sie an. Und sie vermitteln eine Freude am Leben, die ansteckt. Bürgerengagement ist das richtige Rezept.“

Mehr Presseresonanzen im INSM-Tagebuch: www.insm-tagebuch.de.

INITIATIVE EXPRESS

Initiative auf dem Frankfurter Sportpresseball:

Warum sich die INSM für Sportler mit Herz stark macht



Preisverleihung: INSM-Botschafterin Dagmar Schipanski mit Christa Kinshofer und Frank Fleschenberg vom EAGLES Charity Golf Club.

Frankfurt – Auf der Bühne des voll besetzten Ballsaales der Frankfurter Oper übergab INSM-Botschafterin Professor Dagmar Schipanski am 12. November die Auszeichnung „Sportler mit Herz“ an den Gründer des EAGLES Charity Golf Clubs, Frank Fleschenberg. Grund der Auszeichnung: Die EAGLES sind ein mit vielen Prominenten besetzter Club, der bei Turnieren und Auftritten seiner Mitglieder bereits fast zehn Millionen Euro für soziale Zwecke eingespielt hat. Daher die Ehrung, die an Sportler vergeben wird, die sich durch besonderes gesellschaftliches Engagement hervortun. Hessens Ministerpräsident Roland Koch hielt die Laudatio auf den Club und lobte dessen Engagement für Kinder in Not. INSM-Botschafterin Schipanski bekräftigte den Zuspruch des Landesvaters mit den Worten: „Sie nutzen Ihre Popularität, um anderen zu helfen, denen es nicht so gut geht.“ Dies sei wahrhaft vorbildliches Verhalten.

Die Nachrichtenagentur AP berichtete über die Ehrung folgendermaßen: „Es war nicht das erste Mal, dass auf dem Sportpresseball



die Auszeichnung „Sportler mit Herz“ vergeben wurde. Doch dass die gewiss nicht kleine Bühne der Alten Oper in Frankfurt kaum ausreicht, um alle Geehrten zu fassen, hatte es vor diesem Samstagabend noch nicht gegeben. Und erst recht nicht, dass dabei neben Sportgrößen wie Rudi Altig, Anke Huber, Christa Kinshofer, Rosi Mittermeier, Christian Neureuther, Sven Otke, Axel Schulz und Toni Schumacher – Künstler wie Art Brauss, Günther Maria Halmer und Gundis Zambo sowie Politiker wie Laurenz Meyer standen. Des Rätsels Lösung: Sie alle gehören dem „EAGLES Charity Golf Club“ an, der seit elf Jahren Golfturniere mit Prominenten veranstaltet, um mit dem Erlös Kindern in Not zu helfen.“



Dagmar Schipanski mit Sportmoderator Michael Steinbrecher

Die INSM hat den Frankfurter Sportpresseball und die Auszeichnung „Sportler mit Herz“ zum vierten Mal gesponsert. Warum, das erklärte INSM-Geschäftsführer Dieter Rath in der Frankfurter Rundschau: „Sportler mit Herz sind Persönlichkeiten, die sich durch harte Arbeit und außergewöhnliches Talent ganz nach vorn gebracht haben. Dabei haben sie aber die Schwächeren in der Gesellschaft nicht aus dem Blick verloren und helfen jenen, die sich nicht selbst helfen können, mit sozialen Projekten. Hier schließt sich der Kreis zu jenem Wirtschafts- und Sozialsystem, dem sich die INSM in besonderer Weise verpflichtet fühlt: der Sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards. Auch er wollte einen fairen und freien Wettbewerb – der >

Prominente Unterschriften auf einer Stellwand der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft: Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, Boxer Henry Maske, Autorin Susanne Fröhlich. Foto links unten: Die Preisträger im Blitzlichtgewitter.



INITIATIVE EXPRESS

im Sport für so viel Spannung sorgt. Gleichzeitig sollte Erhards Soziale Marktwirtschaft aber auch dafür sorgen, dass jene, die am Wettbewerb nicht teilnehmen können, Unterstützung erhalten.“

Hier finden Sie mehr Informationen und eine Bildergalerie der Veranstaltung:

http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick_2007/Rueckblick_2007/Deutscher_SportpresseBall_2007.html

Gründerranking von Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und impulse:

Hildesheim – das „Start-up-Mekka“ Deutschlands

Berlin/Köln – Überraschend steht eine Stadt an der Spitze eines bundesweiten Rankings, die sonst weniger im Fokus steht: Hildesheim. Die niedersächsische Stadt mit ihren 103 000 Einwohnern liegt ca. 30 Kilometer entfernt von Hannover und 20 Kilometer von Salzgitter. Sie ist Gewinnerin des ersten bundesweiten Gründer-Rankings im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und des Unternehmermagazins impulse.

Erstellt wurde diese Studie von Prof. Dr. Rolf Sternberg vom Institut für Wirtschaftsgeografie der Universität Hannover. Sternberg stellte die Studie am 17. Oktober gemeinsam mit INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer, impulse-Chefredakteur Gerd Kühnhorn sowie den Hildesheimer Unternehmern Margareta Kumer und Salieu Alieu Ngerr (Foto) in Berlin vor. Im Auftrag von INSM und impulse hat Professor Sternberg 97 Raumordnungsregionen nach ihren Gründungsaktivitäten untersucht. An der Spitze des Gründer-Rankings 2007 steht Hildesheim, gefolgt von Hamburg und der Region Bodensee.

Überraschungssieger Hildesheim punktete mit einer effizienten Gründerförderung. Jungunternehmer erhalten dort optimale Beratung und Betreuung, sie werden von einem Lotsen bei allen erforderlichen



Pressekonferenz in Berlin: Die Unternehmer Margareta Kumer, Salieu Alieu Ngerr, INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer, Professor Sternberg und Gerd Kühnhorn (impulse) stellen das INSM-Gründerranking vor.

Behördenwegen unterstützt. „Banken, Ämter und Kammern arbeiten hier so eng wie nirgends sonst zusammen“, lobte INSM-Geschäftsführer Höfer und forderte, dass die in Hildesheim praktizierte Förderung aus einem Guss in ganz Deutschland Schule machen sollte.

Bei der Gründungsintensität zeigt sich ein deutliches West-Ost-Gefälle. Danach sind die Ostdeutschen pessimistischer bei der Bewertung ihres Gründungsumfeldes vor Ort.

Hessen, Bayern, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen punkten bei der Gründerfreundlichkeit. In der Rangliste folgen dann Rheinland-Pfalz, Brandenburg, Baden-Württemberg, das Saarland und Schleswig-Holstein. Schlusslichter sind Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern. Die Stadtstaaten Berlin, Bremen und Hamburg wurden separat bewertet.



INSM-impulse-Gründer-Ranking im Internet: www.insm-gruenderranking.de.

Gründerranking von Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und impulse:

Reaktionen von Aachen bis Berlin

Köln/Berlin – Bundesweit berichteten zahlreiche Medien über das INSM-impulse-Gründer-Ranking. Einige Stimmen finden Sie hier. Mehr Reaktionen unter www.insm-tagebuch.de.

„Hier boomt Deutschland ...“, so überschrieb das Magazin impulse, Medienpartner der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), seinen Bericht über das Gründer-Ranking. Zitat:



Das INSM-Gründerranking als Aufmacher im Magazin impulse.

„Erfolg made in Hildesheim – das klingt erst mal exotisch. Aber das Gründer-Ranking von impulse, der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und des Instituts für Wirtschaftsgeografie der Universität Hannover zeigt deutlich: Daran werden wir uns gewöhnen müssen.“ >

INITIATIVE EXPRESS

„Hildesheim ist Start-Up-Mekka“ titelte die Wirtschaftszeitung **Financial Times Deutschland**.

Die **Aller Zeitung** berichtete über eins der Erfolgsrezepte, mit denen sich die Gründer-Region Hildesheim an die Spitze der aktuellen INSM-impulse-Studie setzen konnte. „Existenzgründer finden in der Region Hildesheim bundesweit die besten Voraussetzungen für den Start in die Selbstständigkeit. (...) Eine zentrale Rolle nimmt dabei der Gründerlotse ein, der in Gestalt der Hi-Reg einerseits die Unternehmer durch den gesamten Gründungsprozess hindurch betreut.“

„Im Prinzip handelt es sich bei der GEM um eine ‘Pisa-Studie’ für den Bereich Existenzgründung und Unternehmertum“, schrieb die **Hildesheimer Allgemeine Zeitung**. „Besonders erfreulich“ findet es die Zeitung, dass die Region Hildesheim dank Hi-Reg auch Platz eins bei der „Opportunity-Quote“ einnehme: „Das sind Existenzgründungen, die nicht aus der Not heraus stattfinden, sondern auf Basis echter Marktchancen und solider Voraussetzungen.“

„Der Region fehlen die Gründer“, titelte der **Mannheimer Morgen** unter Berufung auf die Sternberg-Studie für die INSM und impulse. „In der Region lässt sich nicht so gut eine Firma gründen wie beispielsweise in Hildesheim.“ Für Thomas Engel, Leiter des Geschäftsbereichs Starthilfe und Unternehmensförderung der IHK Pfalz, habe das schlechte Abschneiden von Ludwigshafen dem Blatt zufolge auch eine gute Seite: „Krisenzeiten sind Gründerzeiten: Bei uns ist die Arbeitslosenquote stark gesunken. Wenn die Menschen gute Chancen auf eine Festanstellung haben, gründen nicht mehr so viele ein eigenes Unternehmen.“

„Märker sind besser als Schwaben“, freute sich die **Märkische Allgemeine** und schrieb: „Bei Firmengründungen liegt Brandenburg einer Studie zufolge im oberen Mittelfeld.“



Brandenburgs Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns

Während Brandenburg bei Standortrankings sonst häufig im unteren Drittel der Bundesländer landete, so der Bericht der MAZ, „konnte sich das Land jetzt bei einer Untersuchung im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) im oberen Mittelfeld platzieren.“ Platz 6). **Das Blatt zitierte auch den brandenburgischen Wirtschaftsminister Ulrich Junghanns** mit einem Kommentar zum INSM-impulse-Ranking: „Ich bin

überaus erfreut über das gute Abschneiden Brandenburgs.“, so der CDU-Politiker (Foto). Die Mark sei ein Gründerland und liege mit einer Selbstständigquote von 12,2 Prozent deutlich über dem Bundesschnitt.

„Gründerzeit in Deutschland – Berlin hinkt hinterher“, kritisierte der **Berliner Tagesspiegel**. Der Hauptstadt fehle in puncto Gründungen „Nachhaltigkeit“, kritisierte das Blatt. „In Berlin machen sich zwar relativ viele Menschen selbstständig – an die in anderen Regionen erreichte Qualität und Beständigkeit reichen die Gründungen aber oft nicht heran.“

INSM-Impulse-Gründer-Ranking im Internet:
www.insm-gruenderranking.de

INSM-Buch mit Zukunftsprojekten erschienen und im Netz verfügbar

„Deutschlands wahre Superstars“ jetzt mit eigener Website



Köln/Berlin – Bereits in Initiative Express 02/07 angekündigt, ist das INSM-Buch „Deutschlands wahre Superstars“ nun auf dem Markt. Es wurde am 8. November in Berlin vorgestellt und präsentiert 50 Entwürfe junger Wissenschaftler für die Welt von morgen. Aus Sicht der Initiative sind dies jenseits aller Casting-Shows „Deutschlands wahre Superstars“. Die jungen Forscher bauen mit ihren Projekten Brücken in die Zukunft – mit ihrem Know-how, ganz ohne Bohlen oder Planken.

Das INSM-Buch bietet Beispiele

- aus der Naturwissenschaft, etwa den 23-jährigen Entwickler verbesserter Brennstoffzellen,
- aus der Medizin, zum Beispiel einen 26-jährigen Forscher, der >

INITIATIVE EXPRESS

ein virtuelles Modell menschlicher Anatomie zur Vorbereitung minimalinvasiver Operationen entwickelt hat,
 - aus sozialen Projekten, zum Beispiel eine 26-Jährige, die sich in Entwicklungsprojekten brasilianischer Favelas engagiert.

Vorgestellt werden auch junge Forscher aus den Gebieten der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften, der Biologie – kurz: eine spannende Mischung junger Menschen, die Deutschlands Zukunft gestalten.

Daten zum Buch: „Deutschlands wahre Superstars“ 50 Entwürfe junger Wissenschaftler für die Welt von morgen.

Heel Verlag 2007

ISBN: 978-3-89880-885-9

Preis: 19,95 Euro zzgl. 3,00 Euro Versand.

Informationen über das Buch und die daran beteiligten jungen Wissenschaftler finden sich auch im Internet – auf einer eigenen Website: www.wahre-superstars.de.

VI. Ludwig-Erhard-Lecture mit Professor Edmund S. Phelps

Wie ein amerikanischer Nobelpreisträger die Soziale Marktwirtschaft für den globalen Wettbewerb fit machen will

Berlin – „Sind ökonomische Dynamik und Soziale Marktwirtschaft vereinbar?“ Diese Frage war am 12. Oktober Gegenstand der VI. Ludwig-Erhard-Lecture der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Nach Antworten darauf suchte der US-amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger Edmund S. Phelps.

Er verglich das von Ludwig Erhard in die Tat umgesetzte Modell der Sozialen Marktwirtschaft mit dem Kapitalismus amerikanischer



Prägung. Zitat: „Viele Beobachter glauben immer noch, dass hinter dem Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ ein kapitalistisches System steckt, das durch ein Wohlfahrtssystem mit einer sozialen Grundsicherung und sozialen Hilfsprogrammen ergänzt wird. Dabei hat der Kapitalismus Sozialversicherungsprogramme nie generell ausgeschlossen.“



Rund 300 Zuschauer verfolgten die VI. Ludwig-Erhard-Lecture der INSM mit Professor Edmund S. Phelps.

Erhard habe allerdings erklärt, „dass Wettbewerb per se sozial sei – und damit im gesamtgesellschaftlichen Interesse liege“, erklärte Phelps und fügte hinzu: „So als wolle er (Erhard) damit sagen, dass darüber hinaus gar kein wohlfahrtsstaatlicher Ballast mehr notwendig oder erforderlich sei.“

Zum aktuellen Zustand des deutschen Wirtschafts- und Sozialsystems führte der an der New Yorker Columbia University lehrende Professor aus: „Heute hat die Soziale Marktwirtschaft zwei neue Ausstattungsmerkmale: Mitbestimmung der Unternehmensführung durch Mitarbeiter an der Seite der Eigentümer und eine Reihe schmerzhafter Regulierungen, denen Arbeitgeber unterliegen, während die Arbeitnehmer auf der anderen Seite Rechte erhielten. Auf diese Weise wurde – kurz gesagt – die Verfügungsgewalt über das Kapital zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgeteilt.“ Dies koste wirtschaftliche Dynamik.

Phelps bekannte sich bei dieser Rede zu einer möglichst freien Wirtschaftsordnung. Dies schaffe die notwendige Wirtschaftsdynamik, die „für ein gutes Leben unabdingbar ist“: „Meiner Ansicht nach ist empirisch erwiesen, dass ein funktionierender



Kapitalismus, dort wo er durchführbar ist, neue innovative Ideen, ihre Entwicklung und Evaluierung besser stimulieren kann als einerseits der osteuropäische Sozialismus oder das westeuropäische Wirtschafts- und Sozialsystem – wie auch immer wir das nennen wollen.“

Der Nobelpreisträger kritisierte den überzogenen Kündigungsschutz in Deutschland und warnte davor, bereits erfolgte Reformen >

INITIATIVE EXPRESS

am Arbeitsmarkt wieder zurückzunehmen. Auch die – inzwischen beschlossene – Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes lehnt Phelps ab. Er glaube nicht, „dass Veränderungen bei der Bezugsdauer oder Höhe der Arbeitslosenunterstützung für eine wachstumsstarke Wirtschaft sorgen können“.

Seine Rede beendete der Nobelpreisträger mit einem optimistischen Statement. „Kommt es zu einem kräftigen Vorstoß hin zu einem Wirtschaftssystem mit deutlich höherer Dynamik, so kann sich Deutschland nicht nur auf mehr Zufriedenheit und Engagement der Arbeitnehmer freuen, sondern auch auf gesteigertes Wirtschaftswachstum und einen Zustand nahe der Vollbeschäftigung!“

In seiner Begrüßung hatte der INSM-Kuratoriums-vorsitzende Hans Tietmeyer an ein zur Rede von Phelps passendes Zitat von Ludwig Erhard erinnert: „Eine freiheitliche Wirtschaftsordnung kann auf Dauer nur dann bestehen, wenn und solange auch im sozialen Leben der Nation ein Höchstmaß an Freiheit, an privater Initiative und Selbstvorsorge gewährleistet ist.“



INSM-Kuratoriums-vorsitzender Hans Tietmeyer im Gespräch mit Edmund S. Phelps.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft führt jährlich eine Ludwig-Erhard-Lecture mit einem besonders prominenten Redner in Berlin durch. Frühere Lectures wurden gehalten von Rednern wie Professor Yagdish Bhagwati und Karl Kardinal Lehmann, Vorsitzender der deutschen Bischofskonferenz.



Eine Dokumentation der Veranstaltung ist unter www.insm.de erhältlich.

Mehr zur Veranstaltung finden Sie im Internet: http://www.insm.de/Veranstaltungen/Rueckblick_2007/Rueckblick_2007/VI._Ludwig_Erhard-Lecture__Rede_Prof._Edmund_S._Phelps.html

Die Rede finden Sie in deutscher und amerikanischer Fassung auch auf dem internationalen Portal der INSM: <http://www.insm.com/?s=Phelps>

VI. Ludwig-Erhard-Lecture mit Professor Edmund S. Phelps Interviews rund um die Rede des Nobelpreisträgers

Berlin – In der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (11. November) erklärte INSM-Redner Edmund Phelps: „Deutschland erlebt gewiss einen hübschen Aufschwung. Aber lassen Sie sich bloß nicht blenden: Die guten Zahlen ändern nichts daran, dass es fundamental an wirtschaftlicher Dynamik gebricht.“ „Leute mit guten Ideen“ hätten es in Deutschland schwer. Phelps verwies auch auf

„Marx und Mussolini sind nicht alleine schuld“

Nobelpreisträger Edmund Phelps über den wirtschaftlichen Aufschwuph, amerikanische Arbeitslosigkeit und Gefahren im Kindergarten
Professor Phelps, die Aussage „Marx und Mussolini sind nicht alleine schuld“ ist ein zentraler Satz in der Rede. Wie sehen Sie die deutsche Wirtschaft, wie schnell wächst? Das ist die Frage, die Sie sich nicht stellen können. Die guten Zahlen ändern nichts an dem, was es fundamental an wirtschaftlicher Dynamik gebricht.
Wie ist der Prognose? Die Welt geht weiter nicht zu den Wohlstand der Industrieländer.
Wie kommen Sie darauf? Schauen Sie sich die Löhne der Top-Unternehmen in Deutschland an. Die meisten haben sich

die wachsende Konkurrenz aus China: Die Chinesen seien „ziemlich experimentell, pragmatisch und unternehmerisch eingestellt“.

Phelps' Empfehlung für Deutschland, gegeben in einem Interview der Zeitung DIE WELT (15. Oktober): Der Finanzsektor hierzulande müsse „sich besser aufstellen“: „Junge Leute, die mit einer Geschäftsidee kommen, haben es dagegen unverhältnismäßig schwerer, das notwendige Geld für die Umsetzung zu bekommen.“

Im Gespräch mit der Süddeutschen Zeitung (14. Oktober) beantwortete Phelps die Frage, ob Arbeitnehmer Gewinner oder Verlierer der Globalisierung seien, wie folgt: „Es gibt sicher Verlierer, weil der Druck auf die Löhne gestiegen ist oder die Fertigung ins Ausland verlegt wurde. Es gibt aber auch Gewinner, etwa die, deren Arbeitsplätze wieder sicher sind, weil ihr Unternehmen neue Märkte in den aufstrebenden Schwellenländern erschlossen hat.“

In einem Interview mit der BILD-Zeitung nahm der Wissenschaftler am Tag seiner Ludwig-Erhard-Lecture am 12. Oktober in Berlin Stellung zur aktuellen wirtschaftspolitischen Debatte in Deutschland. Phelps über Mindestlöhne: „Ich war nie ein Freund gesetzlicher Mindestlöhne und rate dringend davon ab!“ Zur von SPD-Chef Kurt Beck angestoßenen Teilrücknahme von Reformen: „Ich bin überrascht, dass die Reformen beim Arbeitslosengeld zum Teil zurückgeschraubt werden sollen. Bitter nötig wären jetzt weitere Reformen, die die Schaffung von Arbeitsplätzen ankurbeln.“



Mehr Medienreaktionen im Internet: <http://www.insm-tagebuch.de/index.php?s=Phelps>

INITIATIVE EXPRESS

INSM-IW-Studie:

Mehr Freiheit bei den freien Berufen brächte 140 000 neue Jobs

Berlin – In Apotheken, Ingenieurbüros, Rechtsanwaltskanzleien und in anderen von freien Berufen dominierten Branchen könnten 140.000 neue Arbeitsplätze entstehen, wenn Regulierungen abgebaut werden – zum Beispiel Festpreise für bestimmte Dienstleistungen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Expertise des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studienleiter Dr. Hans-Peter Klös und INSM-Geschäftsführer Dieter Rath stellten die Untersuchung zu den „freien Berufen“ Anfang November in Berlin vor.



INSM-Geschäftsführer Dieter Rath und Dr. Hans-Peter Klös (IW) erläuterten die Studie.

Im Sektor der wirtschaftsnahen Dienstleistungen könnten danach jährlich neun Milliarden Euro zusätzlich erwirtschaftet werden, und Verbraucher würden gleichzeitig von deutlich niedrigeren Preisen profitieren, wenn die gesetzliche Regulierung freier Berufe auf das Niveau von Ländern wie Schweden oder Dänemark gesenkt und damit mehr Markt bei Architekten, Ingenieuren, Notaren, Rechtsanwälten und Steuerberatern eingeführt wird.

Dr. Hans-Peter Klös vom IW Köln, das die Studie für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft durchgeführt hat, fordert unter anderem folgende Schritte zu mehr Freiheit bei den freien Berufen: Bei Apotheken sollte nach Auffassung des Wissenschaftlers das Mehr- und Fremdbesitzverbot aufgehoben werden. Architekten und Ingenieure sollten ihre Honorare mit den Auftraggebern künftig frei aushandeln dürfen, statt sich an Mindest- und Höchstpreise halten zu müssen. Auch Juristen mit erstem Staatsexamen und Diplom-Wirtschaftsjuristen sollten außergerichtliche Rechtsberatung betreiben dürfen, was bisher Anwälten vorbehalten ist. Mehr Markt sorgt auch bei den freien Berufen für mehr Beschäftigung und nützt den Verbrauchern.

Mehr zur Studie im Internet: http://www.insm.de/Umfragen___Studien/Studien.html

Grundsatzdebatte in der Bild am Sonntag:

Wann ist ein Land sozial gerecht?

Hamburg – Reformen zurücknehmen oder weitertreiben, damit mehr Chancen für alle möglich werden, Mindestlohn ja oder nein – vor dem Hintergrund solcher Fragen rief **Bild am Sonntag** (7. Oktober) Prominente zur öffentlichen Debatte auf. Auch **Hans Tietmeyer** antwortete auf die BamS-Frage „Wann ist ein Land sozial gerecht?“



Schrieb in der BamS: INSM-Kuratoriumsvorsitzender Hans Tietmeyer

Der INSM-Kuratoriumsvorsitzende: „In einem Land geht es gerecht zu, wenn alle teilhaben können an den Chancen, die es bietet. Die soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhards hat uns zu einem der wohlhabendsten Länder der Welt gemacht. Insbesondere Fehlentwicklungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik führten dann dazu, dass die Arbeitslosigkeit stark stieg. Wenn wir in diesen Tagen erstmals 40 Millionen Erwerbstätige registrieren können, dann verdanken wir das nicht zuletzt den Reformen in Politik und Unternehmen. Wer das wieder zurückdrehen will, schafft erneut mehr Arbeitslosigkeit und nimmt den Menschen Teilhabechancen. In der Globalisierung dürfen wir nicht lockerlassen: Gut – und gerecht – bleibt nur, wer ständig besser wird.“

Zu den Befragten zählten auch

- **DGB-Chef Michael Sommer**: Er stellte auf „Verteilungsgerechtigkeit“ ab.
- **Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt**: Er wandte sich gegen SPD-Pläne, Reformen der Agenda 2010 „zurückzudrehen“;
- die hannoversche **Landesbischöfin Margot Käßmann**: Sie forderte eine „gerechte Teilhabe an Arbeit, Wohlstand, Bildung, Gesundheit, Rechtsprechung und sozialer Absicherung“.
- der tschechische Sozialdemokrat und **EU-Sozialkommissar Vladimír Špidla**. Špidla meint, dass Deutschland sozial gerecht sei, weil das Land allen „gleichen Zugang zu Bildung, zum Arbeitsmarkt und zum Gesundheitswesen“ biete.

Dieser Aussage von Špidla stimmte in einem Kommentar auch **BamS-Chefredakteur Claus Strunz** zu. Zitat: „Eine Wahrheit geht in der von SPD-Chef Kurt Beck verursachten hitzigen Debatte der- >

INITIATIVE EXPRESS

zeit komplett unter. In Deutschland geht es sozial gerecht zu!“ Zum Schluss seines Leitartikels zieht Strunz folgendes Fazit: „Gerecht ist nicht der, der mit viel Steuergeld die Armut gleich verteilt. Gerecht ist, wer Jobs und damit Wohlstand schafft. Denn wirklich gerecht ist nur, was hilft.“

Studie des Instituts zur Zukunft der Arbeit für die INSM:

40 Millionen! Seit der Wiedervereinigung hatte Deutschland nie so viele Jobs wie heute

Köln/Berlin – Eine Studie des Bonner Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) weist nach, dass die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland Ende September die Marke von 40 Millionen überschritten hat. Die Studie des IZA im Auftrag der INSM ermittelte den Wert auf Grundlage einer monatlichen Zeitreihe, die die Beschäftigungsentwicklung seit 1991 enthält. Dr. Hilmar Schneider, Direktor für Arbeitsmarktpolitik am IZA, hat die Expertise erstellt. Der Beschäftigungsaufschwung sei „in erster Linie der guten Konjunktur zu verdanken“. Allerdings „sollte man nicht außer Acht lassen, dass der Arbeitsmarkt hier auch von strukturellen Veränderungen in der jüngeren Vergangenheit profitiert, die es überhaupt erst ermöglichen, dass Deutschland in spürbarem Ausmaß von der stabilen Weltkonjunktur mitgezogen wird.“ Gemeint sind die Hartz-Reformen und Verbesserungen der Vermittlung bei der Bundesagentur für Arbeit.

Der Wissenschaftler forderte in seiner Expertise weitere Reformen, damit noch mehr neue Arbeitsplätze in Deutschland möglich werden – zum Beispiel eine Lockerung des Kündigungsschutzes.

„Arbeitsmarktrekord“ titelte die **Berliner Zeitung** am 6. Oktober unter Berufung auf die Studie.

Die **Offenbach Post** griff eine bundesweit verbreitete AP-Meldung über die INSM-Studie auf: „Nach Einschätzung des von der Deutschen Post AG geförderten Instituts dürfte die Erwerbstätigkeit auch im Verlauf des nächsten Jahres über die Marke von 40 Millionen steigen, trotz erster Anzeichen für eine Abschwächung der Konjunktur. „Hier zahlt sich die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre ebenso aus wie die teilweise harten

Sanierungsmaßnahmen der Unternehmen“, heißt es in der Untersuchung. Während Deutschland noch vor wenigen Jahren international Spitzenreiter bei den Arbeitskosten gewesen sei, hätten die Firmen mittlerweile einen Vorteil bei den Lohnstückkosten, erklärte das IZA.“

Die deutliche Verbesserung am Arbeitsmarkt war Anlass für die Initiative, zum Tag der Deutschen Einheit eine Anzeige mit der Überschrift „Glückwunsch Deutschland!“ zu verbreiten. Im Text hieß es zur Beschäftigungszahl von 40 Millionen: „Ein Rekordergebnis, das erst durch die Reformpolitik der letzten Jahre und die Leistungsbereitschaft aller Bürger und Unternehmen möglich wurde. Damit wir bald den 41-millionsten Erwerbstätigen begrüßen können, dürfen wir jetzt nicht stehen bleiben. Deutschland braucht einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess.“

P. S. Ende Oktober bestätigte die Bundesanstalt für Arbeit in ihrer offiziellen Statistik den Beschäftigungsrekord von 40 Millionen, den die IZA-Experten im Auftrag der INSM bereits Anfang Oktober ermittelt hatten.

Hier finden Sie die IZA-Studie zum Download.

http://www.insm.de/Umfragen___Studien/Studien/Studien/IZA-Studie__Gesamtdeutscher_Rekord__40.000.000_Erwerbstaetige.html

Hier finden Sie die INSM-Anzeige zum Tag der Deutschen Einheit zum Download.

http://www.insm.de/Die_INSM/Anzeigenarchiv/INSM-Anzeigenmotiv_-_Glueckwunsch_Deutschland/INSM-Anzeigenmotiv_-_Glueckwunsch_Deutschland.html



INITIATIVE EXPRESS

INSM-Anzeige 1:

Bitte nicht wenden! Reformsignal an die Große Koalition

Köln/Berlin – Die meisten Experten sind sich einig: Die bereits unter Rot-Grün begonnenen und etwas gemächlicher in der Großen Koalition fortgesetzten Reformen haben zum Aufschwung beigetragen, den Deutschland in diesem Jahr und auch 2006 bereits erlebt hat. Mit einer bundesweit verbreiteten Anzeige hat sich die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in die Debatte um ein Zurückdrehen der Reformen eingeschaltet. Zu sehen ist ein aufwärts zeigender Pfeil unter der Überschrift: „Deutschland ist auf Erfolgskurs“. Auf dem Pfeil selbst ist zu lesen: „Die Erwerbstätigkeit steigt stetig und hat soeben die Rekordmarke von 40 Millionen Jobs überschritten.“



„Bitte nicht wenden!“ So steht unten in großen Lettern die spiegelbildlich verkehrte Botschaft. Wer die Anzeige und damit die alternative Überschrift dennoch nach oben dreht, stellt fest, dass der Pfeil dann nach unten zeigt. Und auf dem Pfeil selbst ist dann zu lesen: „Die Abkehr von erfolgreichen Reformen gefährdet den Aufschwung und trifft besonders ältere Arbeitnehmer.“ Diese Reform-„Wende“ möchte die INSM vermeiden, damit weiterhin mehr Wachstum und neue Chancen möglich sind.

Die Anzeige im Internet: http://www.insm.de/Die_INSM/Anzeigenarchiv.html

INSM-Anzeige 2:

Wolfgang Clement sowie weitere Politiker und Wissenschaftler werben für ein Festhalten am Wachstumskurs

Köln/Berlin – „Eine Rücknahme der erfolgreichen Reformen, wie sie jetzt in Teilen der Politik diskutiert wird, lehnen wir entschieden ab. Wir fordern stattdessen eine kontinuierliche Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen, damit noch mehr Beschäftigung und Wachstum in Deutschland entstehen können.“ Das ist ein Zitat aus einem Anfang November als Zeitungsanzeige verbreiteten Aufrufes der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Überschrift: „Nein zum Reformrückschritt“. Zu den Un-

terzeichnern gehören der frühere Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement sowie der frühere rheinland-pfälzische Arbeitsminister Florian Gerster (beide SPD), die Professoren Michael Hüther, Hans-Werner Sinn, Thomas Straubhaar und Klaus F. Zimmermann. Die Politik ist darüber hinaus durch Rainer Brüderle und Heinrich L. Kolb (beide FDP) repräsentiert.



Der Aufruf im Internet: http://www.insm.de/Die_INSM/Anzeigenarchiv.html

INSM-Anzeige 3:

Wie die Initiative den Müntefering-Nachfolger zu Reformen ermuntern will

Köln/Berlin – Die aufsteigende Linie in einer am 22. November verbreiteten Anzeige der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft soll den Anstieg der Beschäftigung versinnbildlichen, der auch durch Reformen mit bewirkt wurde. Die Linie endet verschlungen mit den Worten „Wie geht's weiter?“. Die Frage richtete sich an Müntefering-Nachfolger Olaf Scholz (SPD), den neuen Arbeitsminister der Großen Koalition. Wird er den Mut haben, notwendige, aber unpopuläre Reformen wie zum Beispiel die Rente mit 67 auf den Weg zu bringen, wie sein Vorgänger Franz Müntefering?



Im Text der INSM-Anzeige heißt es dazu: Deutschlands Wirtschaft wächst. Das belebt den Arbeitsmarkt: 40 Millionen Menschen haben einen Job, und – besonders erfreulich – allein in diesem Jahr fanden mehr als 280.000 ältere Arbeitnehmer eine neue Stelle. Ohne die Reformpolitik der letzten Jahre wäre das nicht

möglich gewesen. Für den neuen Arbeitsminister Olaf Scholz heißt es jetzt: Kurs halten und erfolgreiche Reformen nicht verwässern – nur so kann sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter verbessern. Denn: GUT BLEIBT NUR, WER STÄNDIG BESSER WIRD.

Das Anzeigenmotiv finden Sie auch im Internet: http://www.insm.de/Die_INSM/Anzeigenarchiv.html

INITIATIVE EXPRESS

INSM-Anzeige 4:

Deutschland am Scheideweg

Köln – Zum SPD-Bundesparteitag in Hamburg war die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) in der letzten Oktoberwoche mit einer bundesweit verbreiteten Anzeige in den Medien präsent. Das Motiv zeigte einen Autobahnwegweiser, der die Alternativen veranschaulichte, die aus Sicht der Initiative aktuell auf dem Feld der Arbeitsmarktpolitik bestehen. Den Weg der Arbeitsmarktreformen geradeaus weiterzufahren, bedeutet mehr Arbeitsplätze, das



Umkehren des Reformkurses hingegen mehr Arbeitslosengeld. Anlass für das Motiv bot der – inzwischen teilweise umgesetzte – Vorstoß von SPD-Chef Kurt Beck, Älteren länger Arbeitslosengeld zu bezahlen. Der inzwischen zurückgetretene Arbeitsminister Franz Münterfering hatte sich dagegen ausgesprochen.

Im Text der Anzeige hatte die INSM darauf aufmerksam gemacht, dass gerade Ältere von der unter Rot-Grün gekürzten Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I besonders profitiert hatten. 280.000 über 50-jährige Arbeitslose haben in den vergangenen zwölf Monaten einen neuen Job gefunden. Unternehmen stellen wieder ein, Ältere bemühen sich intensiver um einen Arbeitsplatz.

Das Anzeigenmotiv finden Sie auch im Internet:

http://www.insm.de/Die_INSM/Anzeigenarchiv.html

Fachpodium zum Agenda Setting:

amnesty international und INSM beim Politik-Kongress

Berlin – Bundesjustizministerin Brigitte Zypries, Kanzleramtsminister Thomas de Maizière sowie zahlreiche andere Prominente aus Politik, Verbänden, PR und Werbung kamen am 27. November auf

die Podien des Politikerkongresses 2007 in Berlin. Es ging um Zukunftstrends in der Politik und der Kommunikation.

Einer der Workshops befasste sich mit „Agenda Setting national und international“. Als Referenten traten dabei Vertreter zweier Organisationen auf, die erfolgreich Themen in die öffentliche Debatte tragen: amnesty international und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). amnesty war vertreten durch die Generalsekretärin für Deutschland, Barbara Lochbihler, die INSM durch deren Geschäftsführer Max A. Höfer.



amnesty-Generalin Barbara Lochbihler

ai-Generalin Lochbihler verwies auf den langfristig orientierten Ansatz ihrer 1961 gegründeten Organisation, die 1994 als erste NGO zu einer Rede vor dem Welt Sicherheitsrat zugelassen wurde. Lochbihler machte deutlich, dass es nicht immer leicht sei, in die Medien zu kommen, wenn man um „Vernunft“ werbe. Sie zeigte aber auch erfolgreiche Beispiele bildstarker und damit emotionaler Aktionen, die in den Medien multipliziert wurden: zum Beispiel den Auftritt von ai-Aktivistinnen in Gefangenen-Monturen.

Max A. Höfer präsentierte als Beispiel für gelungenes Agenda-Setting die INSM-Kampagne zum Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft.“ Im Jahr 2001 wurde dieser Satz erstmals in einer Anzeige der INSM präsentiert. Unterdessen ist die Formulierung bei vielen Politikern zum Allgemeinut geworden. Verwendet hat sie unter anderem der frühere Bundesarbeitsminister Wolfgang Clement und aktuell auch Bundeskanzlerin Angela Merkel. Hier sei der INSM ein wichtiger Beitrag zur Neudefinition des Begriffs „Sozial“ gelungen, meinte Max Höfer.



INSM-Geschäftsführer Max A. Höfer

Impressum:

Initiative Express wird herausgegeben von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Konzept/Redaktion:

Carsten Seim, (02 21) 49 81 403; seim@insm.de

Fotos/Repros: INSM (21), dpa (6), metro Press (6), Nikola (7)

Lektorat: Sigardt Nachtigall

Vertrieb: Jan Loleit

Verantwortlich:

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
 Geschäftsführung: Max A. Höfer, Dieter Rath
 Gustav-Heinemann-Ufer 84-88

50968 Köln

Telefon: (02 21) 49 81 401

Fax: (02 21) 49 81 406

E-Mail: info@insm.de

Initiative Express - künftig elektronisch!

Liebe Leserinnen und Leser,

viele von Ihnen haben den Newsletter und andere Publikationen der INSM bisher auf dem Postweg in gedruckter Form erhalten. Um Sie künftig noch schneller und auch in höherer Frequenz als bisher mit den aktuellsten Nachrichten unseres Reformnetzwerks versorgen zu können, werden wir diesen Initiative Express auf einen elektronischen Vertriebsweg umstellen. Sie bekommen diese Publikation somit als PDF per E-Mail. Der Weg dahin ist ganz einfach! Senden Sie uns dieses Formular ausgefüllt per Fax oder per Mail.

 Name

 PLZ/Ort

 Funktion

 Telefon

 Redaktion

 Fax

 Straße/Nr.

 E-Mail

Faxkontakt 0221/49 81 406

Mailkontakt: info@insm.de

**Sie können den elektronischen Newsletter auch online bestellen. Und zwar unter dem Link:
www.insm.de/Express**

Initiative zeigen für Reformen – die INSM im Internet

www.insm.de · www.wirtschaftundschule.de · www.wassollwerden.de · www.vision-d.de · www.insm-gesundheit.de · www.insm.com
www.insm-presse.de · www.insm-lexikon.de · www.insm-tagebuch.de · www.insm-merkelfmeter.de · www.insm-regionalranking.de
www.insm-gruenderranking.de · www.insm-wiwo-staedterranking.de · www.insm-bildungsmonitor.de · www.bundeslaenderranking.de
www.insm-gesetzescheck.de · www.erhard-schreibt-wieder.de · www.wahre-superstars.de · www.deutschlandzumselbermachen.de
www.unicheck.de · www.hanstietmeyer.de · www.insm-suche.de

Bitte ausfüllen und unterschrieben zurück an:

**Förderverein
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.
Gustav-Heinemann-Ufer 84-88**

50968 Köln

Antrag auf Mitgliedschaft im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. als

a) natürliche Person:

(Titel), Name, Vorname

Geburtsdatum Beruf

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon Fax

E-Mail

b) juristische Person:

Anschrift der Firma (Anstalt, Körperschaft u.a.)

Vertreten durch (Titel), Name, Vorname

Straße, Hausnummer

Postleitzahl, Ort

Telefon Fax

E-Mail

Die Satzung des Fördervereins Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. habe ich zur Kenntnis genommen und erkenne sie an.

Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von _____ Euro wird überwiesen/soll abgebucht werden.

Ich bin/wir sind damit einverstanden, dass die personenbezogenen Daten zum Zwecke der Gewährleistung der Vereinsarbeit vom Vorstand erhoben werden.

Ort, Datum

Unterschrift

Höhe der Mitgliedsbeiträge:

Der Mitgliedsbeitrag im Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. beträgt derzeit für

a) Privatpersonen/juristische Personen: 72,00 Euro pro Jahr

b) ermäßigte Privatpersonen*: 36,00 Euro pro Jahr

Es besteht die Möglichkeit, den Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. über den Mindestbeitrag hinaus zu unterstützen.

Bitte informieren Sie uns über den einzuziehenden Gesamtbetrag.

Die Mitgliedsbeiträge sind Jahresbeiträge und bis zum 31. März eines jeden Jahres an den Förderverein zu entrichten.

*Auf Antrag an den Vorstand wird für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Auszubildende, Zivildienst- und Wehrdienstleistende der Mitgliedsbeitrag ermäßigt.

Bankverbindung:

Deutsche Bank AG, Köln

BLZ 370 700 60

Konto-Nr.: 666 666 3

Wir sind eine verhältnismäßig kleine Institution mit begrenzten Ressourcen. Deshalb müssen wir die Verwaltung des Fördervereins so zeitsparend wie möglich organisieren. Somit wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie uns gestatten, Ihren jährlichen Mitgliedsbeitrag per Bankeinzug abzubuchen.

Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V.

Einzugsermächtigung:

Hiermit ermächtige ich den Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft e.V. widerruflich, meinen Mitgliedsbeitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos mittels Lastschrift einzuziehen.

Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Beitrag (jährlich)

Telefon

(Titel) Name, Vorname

Fax

Geburtsdatum

E-Mail

Beruf

Geldinstitut

Straße, Hausnummer

Bankleitzahl

Postleitzahl, Ort

Konto-Nr.

Ort, Datum

Unterschrift: